



HAL
open science

Politikberatung in der jungen Bundesrepublik. Die Rolle der DGAP bei der Entwicklung der Neuen Ostpolitik am Beispiel der westdeutsch-polnischen Beziehungen

Estelle Bunout

► To cite this version:

Estelle Bunout. Politikberatung in der jungen Bundesrepublik. Die Rolle der DGAP bei der Entwicklung der Neuen Ostpolitik am Beispiel der westdeutsch-polnischen Beziehungen. 2012. hal-01562563

HAL Id: hal-01562563

<https://hal.univ-lorraine.fr/hal-01562563>

Submitted on 15 Jul 2017

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Public Domain

DGAPanalyse

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)

Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.

September 2012 N° 13

Politikberatung in der jungen Bundesrepublik

Die Rolle der DGAP bei der Entwicklung der
Neuen Ostpolitik am Beispiel
der westdeutsch-polnischen Beziehungen

von Estelle Bunout



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Zusammenfassung

Politikberatung in der jungen Bundesrepublik

Die Rolle der DGAP bei der Entwicklung der Neuen Ostpolitik am Beispiel der westdeutsch-polnischen Beziehungen

von Estelle Bunout

Was ist Politikberatung? Was kann sie leisten? Mit welchen Instrumenten lässt sich der politische Meinungsbildungs- und Gestaltungsprozess beeinflussen und wie erreicht man die relevanten Akteure?

Ein Blick in das Archiv der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) bietet hierzu interessante Erkenntnisse. Am Beispiel der Entwicklung der »Neuen Ostpolitik« ab Mitte der 1960er Jahre geht die vorliegende Untersuchung der Frage nach, welche Rolle die DGAP im politischen Austausch- und Meinungsbildungsprozess gespielt hat.

Die 1949 gegründete Bundesrepublik erlebte in den ersten Jahren ihres Bestehens eine kontroverse politische Diskussion über die eigene staatliche Souveränität und territoriale Verfasstheit. Im politischen Diskurs der jungen Bundesrepublik und scheinbar unlösbar eingekleidet im heraufziehenden Ost-West-Konflikt stand die »Deutsche Frage«. Westdeutschland beharrte mit der Hallstein-Doktrin auf dem Alleinvertretungsanspruch und engte damit seinen Handlungsspielraum ein. Mitte der 1960er Jahre entstanden erste Gedanken zu einer Neuausrichtung der Bonner Außenpolitik gegenüber den östlichen Nachbarn. Allerdings war dieser Ansatz äußerst umstritten, galt vielen als Verrat deutscher Interessen und polarisierte damit die außenpolitische Diskussion in der Bundesrepublik.

Vor diesem Hintergrund entwickelte die 1955 nach dem Vorbild des britischen »Chatham House« gegründete DGAP intensive Aktivitäten zur Förderung des politischen Austausch- und Meinungsbildungsprozesses. Die DGAP initiierte 1964/65 mit der »Studiengruppe für die deutschen Beziehungen zur Sowjetunion und den übrigen Ländern des Osten« ein überparteiliches Diskussionsgremium, das bedeutende außenpolitische Experten und Politiker zusammenführte. Begleitend dazu baute die DGAP intensive Kontakte zum »Polnischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten« auf, infolgedessen beide Institutionen 1976 von ihren Regierungen mit der Organisation des bilateralen »Forum BR Deutschland-VR Polen« beauftragt wurden.

Estelle Bunout zeichnet in der vorliegenden Analyse das Bemühen der DGAP nach, neue Ansätze für die deutsche Außenpolitik zu entwickeln und die Diskussion zwischen den relevanten Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern. Anhand zahlreicher Quellen zeigt Bunout auf, dass die DGAP mit ihren Instrumenten der Politikberatung die relevanten Protagonisten deutscher Außenpolitik erfolgreich zusammenbrachte und die politischen Diskussionen qualitativ weiterentwickelte. All dies geschah in einer besonderen Atmosphäre, so Bunout, »die das feine Gleichgewicht zwischen diplomatischem und wissenschaftlichem Austausch zu halten vermochte«.

Summary

Political Counseling in the Early Federal Republic

The Role of the DGAP in the Development of the New “Ostpolitik,” Exemplified in the West German-Polish Relations

by Estelle Bunout

What is political consulting? What can it achieve? Which tools can be used to influence political opinion-making and how does one reach the relevant political actors?

A glimpse into the archives of the German Council on Foreign Relations (DGAP) offers us an interesting insight into these issues. Taking the example of the development of “Ostpolitik” from the mid-1960s, this article examines the question of what role the DGAP has played in political opinion-making.

Founded in 1949, the Federal Republic of Germany was absorbed in a controversial political debate during the first years of its existence over its own state sovereignty and territorial composition. At the center of the young Federal Republic’s political discourse and apparently indivisible from the emerging East-West conflict was “the German question”—that is, the question of German reunification and the future of the lost “eastern German territories.” As West Germany persisted with the Hallstein Doctrine of an exclusive mandate over all of Germany, it quickly found itself at the limit of its space for negotiation.

The first recommendations to realign Bonn’s foreign policy toward its eastern neighbor emerged in the mid-1960s. Regarded by many as a betrayal of German interests, this approach was extremely controversial and polarized foreign policy debate in the Federal Republic.

It was against this backdrop that the DGAP—founded in 1955 on the model of the British think tank Chatham House—began its vigorous work to support the processes of political opinion-making. In 1964-65, the DGAP launched the “Ost” study group, a discussion forum bringing together leading foreign policy experts and politicians. The DGAP was, at the same time, forging strong contacts with the Polish Institute of International Affairs (PISM) and, as a result, the two institutes were appointed by their governments in 1976 to organize the bilateral Forum of the Federal Republic of Germany and People’s Republic of Poland.

In her analysis, Estelle Bunout traces the DGAP’s endeavors to develop new approaches to German foreign policy and to promote debate between the relevant political, scientific, and societal actors. Using a variety of sources, Bunout shows that the DGAP employed policy consulting tools to successfully bring together the relevant protagonists of German foreign policy and qualitatively enhance political debate. All of this occurred in a particular political climate, which, according to Bunout, “maintained the fine balance between diplomatic and academic exchange.”

Inhalt

Anfänge der Politikberatung in der frühen Nachkriegszeit.....	7
Suche nach einer neuen Perspektive für die Ost-West-Beziehungen	8
Die DGAP als Diskussionsplattform mit der »Studiengruppe Ost«	8
Die DGAP als Vermittler: Kontaktaufnahme zum PISM	10
Einrichtung des »Forum BR Deutschland – VR Polen«.....	11
Das Bemühen der DGAP um einen deutsch-polnischen Dialog ab 1980	12
»Deutsch-polnische Interessengemeinschaft«.....	13
Bilanz des Engagements der DGAP	14
Anhang	15
Liste der Sitzungen der »Studiengruppe Ost-West-Beziehungen«, die sich mit Polen beschäftigt haben. . .	15
Vorsitz der Studiengruppe »Ost-West-Beziehungen«	15
Die Foren Bundesrepublik Deutschland-Volksrepublik Polen 1977–1990.....	15
Anmerkungen.....	16

Herausgeber:
Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Mitherausgeber:
Dr. Gereon Schuch

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Politikberatung in der jungen Bundesrepublik

Die Rolle der DGAP bei der Entwicklung der Neuen Ostpolitik am Beispiel der westdeutsch-polnischen Beziehungen

von Estelle Bunout

Anfänge der Politikberatung in der frühen Nachkriegszeit

Die politische Landkarte Europas wurde durch den Zweiten Weltkrieg radikal verändert. Da die Sowjetunion ihr Territorium nach Westen ausgedehnt hatte, verlief auch die polnische Ostgrenze rund 200 Kilometer weiter westlich als die ehemalige polnisch-russische Grenze von 1937. Zum Ausgleich dieser Gebietsverluste trennten die siegreichen Alliierten auf der Potsdamer Konferenz die sogenannten »deutschen Ostgebiete« faktisch von Deutschland ab und stellten sie zunächst unter polnische Verwaltung. In der unmittelbaren Nachkriegszeit schien die Zukunft des nunmehr in vier Besatzungszonen aufgeteilten Deutschlands ungewiss. Mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und der sich herausbildenden Blockkonfrontation zwischen den Westmächten und der Sowjetunion kam der Entwicklung des Landes eine zentrale Bedeutung zu. Quer durch Deutschland verlief die entscheidende Trennlinie, an der die politischen und militärischen Einflusssphären des heraufziehenden Kalten Krieges aufeinander stießen. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland aus den drei westlichen und der Deutschen Demokratischen Republik aus der sowjetischen Besatzungszone entstanden Staaten mit begrenzter Souveränität. Deutschland war damit nicht nur geteilt, sondern hatte große Gebiete faktisch an Polen und die Sowjetunion verloren. Im politischen Diskurs der jungen Bundesrepublik stand damit die »Deutsche Frage« im Raum – die Wiedervereinigung Deutschlands und die Zukunft der »deutschen Ostgebiete«.

Mit dieser Situation und der fortschreitenden Teilung Europas beschäftigte sich die von Wilhelm Cornides 1945 gegründete Zeitschrift Europa-

Archiv. In ihr befassten sich deutsche und ausländische Politiker und Wissenschaftler mit den neuen internationalen Beziehungen.¹ Cornides, langjähriger Herausgeber des Europa-Archivs und Direktor des Forschungsinstituts der DGAP, war ein glühender Verfechter einer gesamteuropäischen Integration und veröffentlichte bald auch Beiträge osteuropäischer Autoren. Vor dem Krieg hatte er am britischen Chatham House Erfahrungen in der internationalen Politikberatung gewonnen; vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der beginnenden Integration der westeuropäischen Staaten wollte er derartige Instrumente der Politikberatung nun auch in Deutschland etablieren.

Am 29. März 1955 wurde mit Unterstützung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und des 1951 neugegründeten Auswärtigen Amtes feierlich die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) gegründet.² Die Gesellschaft sollte die Arbeit des Auswärtigen Amtes wissenschaftlich begleiten und auch die Wirtschaft in die außenpolitische Diskussion einbeziehen. Die Mitglieder der DGAP wurden in den Parteien, der Industrie, der Wissenschaft, der hohen Verwaltung und der Publizistik geworben. Dies ermöglichte eine Streuung der Finanzierungsquellen und bedeutete relative Unabhängigkeit von staatlichen Geldgebern. An dieser Zielsetzung hält die DGAP bis heute fest.

Die Gründer hatten sich ein zweifaches Ziel gesetzt: einerseits, die außenpolitische Meinungsbildung »von unten« zu beeinflussen, und andererseits, Außenpolitik einer interessierten Öffentlichkeit zu vermitteln.³ Dies sollte unter anderem durch Studiengruppen geschehen, in denen Vertreter der politischen Parteien, der für die Außenbeziehungen zuständigen Ämter sowie zentrale Akteure

der Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften und Kirchen zusammenkamen. Diese Studiengruppen waren nichtöffentlich und folgten dem Modell von Chatham House, das als unabhängige Organisation nach dem Ersten Weltkrieg in Großbritannien informelle und vertrauliche transatlantische Diskussionen zwischen Politikern verschiedener Parteien organisiert hatte. 1962 wurde in der DGAP die erste Studiengruppe »Internationale Sicherheit« gegründet.

Neben den Schwerpunkten »Westeuropäische Integration« und »Rüstungsfragen« rückten zunehmend die Beziehungen zum Ostblock in den Mittelpunkt, vor allem nach dem Mauerbau 1961 und dem Beginn der Entspannungspolitik der Großmächte, die eine Lösung der Deutschen Frage auf unabsehbare Zeit zu verschieben schienen. Hier wollte die DGAP ansetzen, stand dabei jedoch vor zwei Schwierigkeiten: einem Mangel an glaubwürdiger »Ostexpertise« und der starken Tabuisierung des Themas.

Suche nach einer neuen Perspektive für die Ost-West-Beziehungen

Nach 1945 musste Deutschland sein Verhältnis zu Osteuropa grundlegend erneuern. Es war belastet durch den Ostfeldzug, den Holocaust, die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, die deutsche Teilung und den Ost-West-Konflikt. Dass sogenannte »Ostforscher« an den Siedlungsplänen des Dritten Reiches in Osteuropa beteiligt gewesen waren und dass nun etliche vom Kalten Krieg geprägte »Sowjetologen« in den bundesdeutschen Institutionen saßen, machte eine Erneuerung der Ostpolitik in der Praxis nicht einfacher.

Als Egon Bahr, der später unter Bundeskanzler Willy Brandt maßgeblich die Entspannungspolitik mitgestalten sollte, 1966 die Leitung des Planungsstabs des Auswärtigen Amtes übernahm, stellte er fest, dass es an glaubwürdiger wissenschaftlicher Expertise fehlte. Zwar kamen aus der Gesellschaft intellektuelle Impulse, vor allem von den Kirchen und Universitäten,⁴ doch Vorschläge für »praktikable politische Möglichkeiten für die Ost-West-Beziehungen«⁵ gab es kaum. Die Hallstein-Doktrin

und der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik waren an ihre Grenzen gestoßen; nun ging es darum, die Grundlagen der deutschen Ost- und Vereinigungspolitik zu überdenken und Wege zu ihrer Umsetzung zu finden.

Die DGAP als Diskussionsplattform mit der »Studiengruppe Ost«

Wilhelm Cornides hatte schon 1964 damit begonnen, eine DGAP-Studiengruppe zu gründen, in der es dezidiert um die deutsche Teilung und das Verhältnis zur Sowjetunion gehen sollte – die »Studiengruppe für die deutschen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen Ländern des Ostens« (kurz: Studiengruppe »Ost«, SGO oder SGII). Vor der Gründung verschaffte man sich zunächst einen Überblick: Wer beschäftigte sich in der Bundesrepublik Deutschland mit Osteuropa? Ulrich Scheuner, Professor an der Universität Bonn und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium der DGAP, warnte davor, die Studiengruppe überwiegend mit Sowjetologen zu besetzen. Damit, fürchtete er, würden alle bisher unternommenen und gescheiterten Experimente wiederholt.⁶ Es zeigte sich, dass es weder an den Universitäten noch an außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine vergleichbare Studiengruppe, die eine Erneuerung der westdeutschen Ostpolitik anstrebte, gab.⁷ Das Auswärtige Amt begrüßte daher ihre Einrichtung.⁸ Cornides konnte den einflussreichen Kurt Birrenbach, MdB, davon überzeugen, dass Eberhard Schulz für die neue Studiengruppe ein inhaltliches Konzept vorlegen werde, welches auch für die CDU-Fraktion tragbar sein werde.

Aus den ermittelten Kandidaten wurden führende Forscher ausgewählt, unter anderem Boris Meissner,⁹ ein Kenner der Sowjetunion mit kritischer Haltung zur Erneuerung der Ostpolitik, und Richard Löwenthal,¹⁰ Politikwissenschaftler und Befürworter der Entspannungspolitik. Beide sollten jahrzehntelang zu den Diskussionen der Studiengruppe »Ost« beitragen.

Die nächste Herausforderung war die Besetzung der Studiengruppe mit politischen Vertretern. Die

SGO sollte das Verständnis für die Problematik der Neuen Ostpolitik in die Parteien tragen,¹¹ vor allem in die CDU, wo der Widerstand am stärksten war. Kurt Birrenbach,¹² langjähriges Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, wurde zum Vorsitzenden berufen.

Aus den Reihen der SPD wurden weitere Skeptiker eingeladen, wie zum Beispiel Stephan Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD,¹³ der später zum Anhänger der Neuen Ostpolitik werden sollte. Die Zusammensetzung der SGO bildete durchaus repräsentativ das ganze Spektrum der Positionen ab, die es in der Bundesregierung, aber auch in der westdeutschen Gesellschaft zur Osteuropa-Politik gab. Auch Deutschbalten und Vertriebene nahmen teil. Ein spezielles Interesse an Polen brachten vor allem Journalisten wie Peter Bender, Hansjakob Stehle und Marion Gräfin Dönhoff¹⁴ in die Runde ein. Die deutsche Wirtschaft wurde durch den Vorsitzenden des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, Otto Wolff von Amerongen,¹⁵ repräsentiert.

Die Studiengruppe »Ost« tagte erstmals am 16. Dezember 1965 und kam in der Folgezeit ungefähr zweimonatlich zusammen.¹⁶ Anfangs war die Agenda der SGO stark von der Ost-West-Konfrontation bestimmt. Themen waren etwa der sowjetischen »Expansionsdrang« und die Hegemonie der Sowjetunion im »sowjetischen Europa«.¹⁷ Das Hauptaugenmerk der Teilnehmer galt der Deutschen Frage und dem »Ostgrenzenkomplex«¹⁸ – also der Frage nach der Wiederherstellung der ehemaligen Grenzen Deutschlands im Osten. Ziel der SGO sollte es sein, »grundsätzliche Erkenntnisse und Urteile über die Möglichkeiten einer deutschen Ostpolitik zu gewinnen, wobei von den speziellen deutschen Interessen auszugehen ist, wie sie sich aus der Sicht der Bundesregierung darstellen«.¹⁹ Diese sollten auch von der sowjetischen Außenpolitik und den »Zielen der Mittel- und Osteuropa-Politik der Westmächte« abhängen.²⁰ Bald wurden die Themen jedoch von der politischen Tagesordnung bestimmt. Die Organisatoren wollten einen Raum für konstruktive Debatten und Expertenaustausch schaffen, so Eberhard Schulz: »Nicht wie im Bundestag, wo taktisch debattiert wird – in der SGII wurde inhaltlich debattiert. Sehr viele Politiker

hatten vom Osten überhaupt keine Ahnung, und die haben dabei was gelernt.«

Bis zur Ratifizierung der Ostverträge ging es also um die Schaffung eines Konsenses für die Neue Ostpolitik und um die Verständigung vor allem mit Polen. Eberhard Schulz, der 1965 für die Betreuung der SGO zuständig war, beherrschte verschiedene osteuropäische Sprachen, unter anderem Polnisch; er hatte seit dem Zweiten Weltkrieg mehrmals Gelegenheit gehabt, Polen zu besuchen, und er setzte sich für Versöhnung mit dem östlichen Nachbarn ein. In seinen Redebeiträgen in der SGO erläuterte er unter anderem die historischen und politischen Hintergründe der polnischen Haltung gegenüber der Bundesrepublik. Die Qualität dieser Informationen, erinnert sich Hagen Graf Lambsdorff, wurde zum Merkmal der SGO. Die Frage der Oder-Neiße-Grenze und der »verlorenen« Gebiete war ein Kernthema der deutschen Polen-Politik.

Aus den Protokollen der SGO und aus Gesprächen mit einigen der damaligen Teilnehmer²¹ wird deutlich, dass im geschützten nichtöffentlichen Raum der Studiengruppe eine entspannte und sachliche Diskussion geführt wurde, wie sie in der Öffentlichkeit nicht möglich gewesen wäre. Die vielfältigen Redebeiträge spiegelten aber auch die tiefen Gräben zwischen den Positionen wider. Einige der Redner wollten den »Illusionen« über Verhandlungen zur Oder-Neiße-Grenze ein für allemal ein Ende setzen, andere überlegten, ob ein »Ringtausch« möglich wäre, ob also »wiedergewonnene Gebiete« im westlichen Teil Polens an Deutschland angeschlossen werden könnten, wenn Polen dafür Kaliningrad von der Sowjetunion bekäme.²² Dies zeigt, wie wichtig der geschützte Raum war, in dem diese Gespräche stattfanden und in dem auch heiße Eisen angefasst werden konnten – ein Raum, so Egon Bahr, in dem man »Ideen, Gedanken, Fragen nicht zitierfähig austauschen konnte und zu einer Veränderung des Denkens mit beitragen konnte«.²³ Es war der Versuch, die weit auseinanderliegenden Positionen in der Bundesrepublik an einen Tisch zu bringen und zu einem Konsens zu finden. Allerdings waren die Gräben zwischen Deutschen und Polen kaum geringer als die innerdeutschen.

Die DGAP als Vermittler: Kontaktaufnahme zum PISM

Obwohl die Zeitschrift Europa-Archiv schon 1948 Kontakt zum »Polnischen Institut für Auswärtige Angelegenheiten (PISM)«²⁴ und zu polnischen Autoren aufgenommen hatte, war der Aufbau von institutionellen und wissenschaftlichen Beziehungen in den sechziger Jahren mühsam. Vereinzelt Kontakte gab es zwischen 1961 und 1966, ab 1961 fand zwischen dem Forschungsinstitut der DGAP und dem PISM ein Publikationsaustausch statt. Doch erst mit dem direkten, persönlichen Kontakt anlässlich des gesamteuropäischen Treffens der Institute für internationale Politik 1967 im tschechoslowakischen Marienbad/Mariánské Lázně, an dem auch Eberhard Schulz teilnahm, konnten konkrete Pläne für eine strukturelle Partnerschaft entwickelt werden. Für Vertrauen sorgte möglicherweise auch, dass Schulz sein 1967 erschienenes Buch »An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei«²⁵ an Mieczysław Tomala, Deutschland-Experte am PISM, schickte, der Schulz' »Ausführungen über den deutschen Nationalstaat und die notwendigen Schritte Polen gegenüber« sehr interessant fand.²⁶

Im Oktober 1968 besuchte Eberhard Schulz erstmals das PISM in Warschau/Warszawa. Dort steckte er den Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen DGAP und PISM ab, der unter anderem von 1969 an den regelmäßigen Austausch von Wissenschaftlern vorsah. Nach dieser Reise verfasste Schulz einen Bericht, den er an alle relevanten Ämter schickte, unter anderem an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.²⁷ Auf diese Weise positionierte sich die DGAP für westdeutsche Diplomaten als informelle Informationsquelle über Stimmungen in den deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Partnerschaft zwischen DGAP und PISM nahm bei wissenschaftlichen Symposien 1971 in Bonn und 1973 in Warschau konkretere Formen an. Für den kleinen Teilnehmerkreis handelte es sich zumeist um den ersten Besuch im jeweils anderen Land. Karl Kaiser, von 1973 bis 2003 Forschungsdirektor der DGAP, erinnert sich, durch die Reise entdeckt zu haben, »dass es unter der Decke des

Konformismus in den Staaten des Warschauer Paktes große Unterschiede gab, in Polen speziell.«²⁸ Bei den Symposien ging es vor allem um Fragen der europäischen Sicherheit und die deutsch-polnischen Beziehungen.

Die Treffen entwickelten sich jedoch schnell über den wissenschaftlichen Rahmen hinaus, als Unternehmer sowie Vertreter kirchlicher Intellektuellenkreise hinstießen. Die Organisatoren hatten sich ehrgeizige Ziele gesteckt: Nicht nur wollten sie auf westdeutscher Seite einflussreiche Politiker für den deutsch-polnischen Dialog gewinnen, sondern sie versuchten auch, in der polnischen Delegation eine gewisse Diversität zu erreichen. Um das Gewicht der »Warschauer Zentrale« auszugleichen, sollte die Teilnahme von Partnern aus Posen / Poznań, Kattowitz / Katowice (Schlesien) und Krakau / Kraków unterstützt werden.²⁹ Tatsächlich gelang es, einen Abgeordneten aus Kattowitz, den evangelischen Rektor der Christlichen Theologischen Akademie und ein Mitglied der Christlich-Sozialen Gesellschaft für das Bonner Symposium zu gewinnen.³⁰ Auf deutscher Seite sollte ein möglichst breites Meinungsspektrum in den Dialog einbezogen werden, einschließlich der politischen Kräfte, die den Warschauer Vertrag nicht unterstützt hatten. In den offiziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern wäre ein solcherart angelegter Dialog kaum möglich gewesen, die polnische Regierung hätte ihn kategorisch abgelehnt.

Zunächst riefen die deutschen Forderungen auf polnischer Seite misstrauische Reaktionen hervor, wie Eberhard Schulz bei den Vorbereitungsgesprächen in Warschau im November 1975 feststellen musste. Auf polnischer Seite galt die Anerkennung des Warschauer Vertrags als Vorbedingung für bilaterale Treffen. Dass die DGAP auch anderslautende westdeutsche Positionen abbilden wollte, sorgte für Unmut. Als 1975 ein erweitertes Symposium stattfinden sollte, sagte die polnische Seite ab – Begründung: die Teilnahme des deutschen Vertriebenenpolitikers Herbert Hupka.³¹ In einer Reihe von Gesprächen, bei denen die Organisatoren der DGAP ihre Standpunkte erläutern konnten, ließ sich das Misstrauen abbauen. Im November 1976 konnte das Symposium schließlich stattfinden. Es waren diese regelmäßigen Treffen, die allmählich

eine stabile Vertrauensbasis zwischen den Teilnehmern schufen und unmittelbare Einblicke in die politische Situation in Polen ermöglichten.³²

Einrichtung des »Forum BR Deutschland – VR Polen«

Nach der Unterzeichnung der Ostverträge mit der Sowjetunion im August 1970 und mit Polen im Dezember 1970 und nach der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im August 1975 gewann die Zusammenarbeit mit Polen an Dynamik. Wegen der Kooperation zwischen PISM und DGAP wurden die Institute von Edward Gierek und Helmut Schmidt mit der Organisation bilateraler Foren beauftragt.³³ Das Führungspersonal beider Länder sollte regelmäßig zusammenkommen, um über gemeinsame Probleme zu sprechen. Von einem solchen Austausch mit flexibler Struktur versprachen sich polnische und deutsche Diplomatie eine »indirekte Beeinflussung der Regierungen« und »neue Impulse für die Entscheidungsträger«.³⁴ Die Foren sollten als Gesprächsplattform zwischen beiden Ländern fungieren und die Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen unterstützen.³⁵

Für die Organisation der Foren wurde ein Lenkungsausschuss (LA) einberufen, in dem auf polnischer Seite neben dem PISM die Planungskommission des Ministerrats, der Sejm und das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR) vertreten waren. Auf deutscher Seite waren DGAP, SPD, CDU, FDP, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und das Bundesministerium für Wirtschaft beteiligt. Obwohl die Auswärtigen Ämter beider Länder nicht direkt vertreten waren, verfolgten sie das Geschehen, insbesondere die Planung des ersten Forums, aufmerksam.³⁶ Auf polnischer Seite zeugten Dankesbriefe des polnischen Außenministers Emil Wojtaszek und des Vorsitzenden des Staatsrates der Volksrepublik Polen (Polska Rzeczpospolita Ludowa – PRL), Henryk Jabłoński, von der Hoffnung, dass diese Art von Treffen breitere deutsch-polnische Gesellschaftsschichten zusammenbringen würde. Auf deutscher Seite

unterstrich Richard von Weizsäcker den Nutzen solcher Zusammenkünfte,³⁷ und Helmut Schmidt betonte, die Gespräche seien »für die Überwindung von Missverständnissen auf beiden Seiten« dringend notwendig.³⁸

Bei der Zusammensetzung des LA ergaben sich allerdings neue Schwierigkeiten, vor allem hinsichtlich der Teilnahme von Philipp von Bismarck (CDU). Die polnischen Vorbehalte gegen Philipp von Bismarck waren nicht grundsätzlich Ausdruck einer mangelnden Bereitschaft des PISM, mit der CDU und den Landsmannschaften zu sprechen. Sie beruhten vielmehr auf der »Erfahrung«, dass der Dialog mit der »Erlebnisgeneration« der Vertriebenen³⁹ außerordentlich heikel war. Das »Forum BRD-VRP« sollte, so argumentierte die polnische Seite, nicht als politisches Instrument eines deutschen Revisionismus missbraucht werden. Für die deutschen Organisatoren dagegen sollte es, ähnlich wie die Studiengruppe »Ost«, eine Plattform für sämtliche in der Bundesrepublik vertretenen Positionen in der Polen-Politik sein.⁴⁰ Versöhnung und Kooperation konnten demnach nur dann dauerhaft erfolgreich sein, wenn sie von breiter gesellschaftlicher Unterstützung getragen würden. Philipp von Bismarck sei ein wichtiger Partner, der sich innerhalb der CDU für eine Aussöhnung mit Polen engagierte: »[Er] war ein sehr differenzierter Mann, der die Polen liebte. Seine Güter waren verloren und er war der Präsident der Landsmannschaft Pommern, aber er wollte ein neues Verhältnis zu Polen. [...] Der LA wurde also zum Gremium, wo man die CDU in die Ostpolitik hineinzog«, sagt Karl Kaiser, langjähriger Leiter des Forschungsinstituts der DGAP, über von Bismarck.⁴¹

Die zwiespältige Position Philipp von Bismarcks offenbarte sich im Jahre 1978 während des II. Forums in Allenstein/Olsztyn. Da das Treffen in einem ehemaligen deutschen Ostgebiet stattfinden sollte, kam es innerhalb der CDU zu lebhaften Diskussionen. Von Bismarck wurde beauftragt, während des Forums eine Erklärung zu verlesen und darauf hinzuweisen, dass die Deutsche Frage nach wie vor ungeklärt sei. Karl Kaiser engagierte sich als Vermittler zwischen CDU und PISM und wies Philipp von Bismarck auf die Bedeutung des Warschauer Vertrags für die polnische Seite

hin. Auf polnischer Seite warb er um Verständnis für die Haltung von Bismarcks.⁴² Zweimal musste Karl Kaiser vor der Gründung des LA nach Warschau reisen, um die polnische Seite zu bewegen, die Mitgliedschaft von Bismarcks zu akzeptieren. Dessen tatsächliches Verhalten im LA und in den Foren ließ jedoch bald alle polnischen Bedenken verschwinden; und als von Bismarck während des Allensteiner Forums beim Festbankett im Namen der deutschen Delegation zur unerwarteten Wahl des ersten polnischen Papstes gratulierte, »da wurden auch die Augen einiger hart gesottener polnischer Kommunisten feucht«. Die Erweiterung des Teilnehmerkreises wurde angenommen, und von Bismarck konnte die Erklärung der CDU zur Deutschen Frage vortragen. Durch die Wahl von Karol Wojtyła zum Papst unmittelbar vor Beginn des Forums wurden die Grenzfrage und die potenziell kontroverse Erklärung der CDU/CSU-Fraktion völlig in den Hintergrund verdrängt, sodass die Begegnung relativ harmonisch und produktiv verlief.

Die ersten Foren waren ein Erfolg. Marian Dobrosielski, Direktor des PISM, bezeichnet sie als ein »nützliches Normalisierungsinstrument«, das »ohne Zweifel zum Fortschritt auf dem Weg der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung beigetragen« habe.⁴³ Ein Vorzug der Gespräche war ihre Unverbindlichkeit: Weder standen sie unter dem Zwang, in eine gemeinsame Abschlusserklärung zu münden, noch mussten sie zu politischen Verhandlungen führen.⁴⁴ Eine weitere Stärke des Formats lag in der inoffiziellen Zusammensetzung: Die Teilnehmer hatten verschiedene politische Ämter inne, nahmen aber nicht als offizielle Repräsentanten der Bundesrepublik teil. Umgekehrt erschwerte der unverbindliche Charakter der Treffen zuweilen die Umsetzung konkreter Ideen und Pläne. Einige Projekte wurden dennoch realisiert, wie das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt oder die Gedenkstätte in Kreisau.⁴⁵

Das Deutsche Polen-Institut, so Eberhard Schulz später, sei vor allem von Karl Dedecius vorgeschlagen worden, der sich dabei eine Institution für die Übersetzung polnischer Literatur vorgestellt habe, während die polnische – kommunistische – Seite sich davon ein Propagandazentrum in Deutschland erhofft habe. Es sei deshalb nicht einfach gewesen,

beide Seiten zur Zustimmung zu einem Zentrum der Zusammenarbeit zu bewegen.⁴⁶

Das Bemühen der DGAP um einen deutsch-polnischen Dialog ab 1980

Ende der siebziger Jahre veränderten sich die Rahmenbedingungen der deutsch-polnischen Beziehungen. Dazu trugen die politischen Unruhen in Polen bei, der große Erfolg der deutschen Hilfsaktion für Polen, die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen Anfang der achtziger Jahre und der Regierungsantritt von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) im Oktober 1982, der dem politischen Diskurs der Vertriebenen mehr Resonanz verlieh. Die Solidarność-Bewegung erhöhte den Druck auf polnischer Seite, für mehr Vielfalt in den polnischen Delegationen zum »Forum BRD-VRP« zu sorgen.

Das IV. Forum, ursprünglich für Dezember 1981 in Krakau geplant, verzögerte sich um mehrere Jahre, unter anderem wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen zwischen 1981 und 1983, aber auch, weil die deutschen Organisatoren eine Einbindung polnischer Oppositioneller anstrebten. Erst im November 1985 konnte das Forum stattfinden. Schon die Wahl des »polnischen Papstes« und seine Reise nach Polen im Jahre 1979 hatten der DGAP einen Anlass gegeben, sich für die Integration der polnischen Kirche in den bilateralen Dialog einzusetzen. In diesen schwierigen Jahren versuchten die Organisatoren der bilateralen Foren, den Kontakt aufrechtzuerhalten. Sie ersetzten das Forum durch erweiterte LA-Sitzungen und konnten sich so weiterhin regelmäßig über die innenpolitische Lage in Polen auszutauschen.⁴⁷

Eine dieser Sitzungen fand 1984 in Essen auf Einladung von Berthold Beitz statt, Generalbevollmächtigter des Krupp-Konzerns, der zeitlebens ein besonderes Verhältnis zu Polen hatte. Als Leiter der Karpathen-Öl AG im polnischen Boryslaw rettete er hunderten jüdischen Zwangsarbeitern das Leben.⁴⁸ Nach Kriegsende blieb ihm die Versöhnung mit Polen ein Anliegen, was sich auch in der Finanzierung der SGO durch die Krupp-Stiftung niederschlug. Die Sitzung fand trotz der Absage

des damaligen westdeutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher statt, der damit gegen die Ermordung des Geistlichen Jerzy Popiełuszko protestierte, einem Bürgerrechtler und Unterstützer der Solidarność-Bewegung.

Die Ermordung Popiełuszkos hatte in der Bundesrepublik für große Empörung gesorgt, die Legitimität der polnischen Führung geschwächt und alle offiziellen Kanäle für eine Zeitlang verschlossen. An dem Treffen in Essen nahmen Vertreter der polnischen Kirchen und ihnen nahestehende Intellektuelle wie Krzysztof Skubiszewski⁴⁹ teil. Auch heikle Fragen wurden angesprochen, etwa die Kontinuität der westdeutschen Ostpolitik unter der Regierung Kohl oder der Standpunkt der Vertriebenen, eine Aussöhnung mit Polen könne es nur geben, wenn die polnische Seite Verständnis für deren Verluste zum Ausdruck bringen würde.

Die Atmosphäre während des Treffens scheint offen gewesen zu sein. Doch gab es durchaus kritische Töne; so fragte etwa Prälat Heinz-Georg Binder die polnischen Teilnehmer, ob es nicht eine polnische Tendenz gebe, die jeweils »ungünstigste Auslegung von Stellungnahmen der Bundesrepublik herauszunehmen«.⁵⁰ Darüber hinaus diskutierte man die Chancen für eine weitere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit beider Länder, insbesondere mit Blick auf die wirtschaftlichen Probleme Polens. In einer Zeit voller Spannungen und Misstrauen ermöglichten diese nichtöffentlichen Treffen einen direkten Austausch, der wohl so manche Verkrampfung löste.

Dass die deutsch-polnischen Beziehungen wegen der anhaltenden politischen Krise in Polen stagnierten, war enttäuschend für all jene, die sich für eine Annäherung zwischen den beiden Ländern einsetzten. Umso drängender schien die Fortführung der Gespräche über die deutsche Polen-Politik. Auch die SGO suchte nach Wegen, den Stillstand zu beenden. Die Frage nach der Grenzziehung wurde weiterhin diskutiert, doch primäres Ziel der Studiengruppe war es nicht mehr, Akzeptanz für die Aussöhnung mit Polen zu schaffen, sondern »die Lage der kommunistischen Seite und die Hintergründe zu verstehen und [...] eine vernünftige

Politik und Kenntnisse dem Bundestag und der Regierung zu vermitteln«.⁵¹

Einige Teilnehmer verwiesen auf die besondere Rolle der Bundesrepublik in der Polen-Politik des Westens, die gegen die doppelte Isolation Polens im Osten und im Westen wirken sollte. Vor allem wurden vor dem Hintergrund der hohen Verschuldung Polens Vorschläge für wirtschaftliche Reformen und eine Öffnung des Marktes der Europäischen Gemeinschaft diskutiert. Parallel zur Erweiterung des Teilnehmerkreises der Foren wurden in den achtziger Jahren auch in der SGO katholische Geistliche und Vertriebenenpolitiker einbezogen. Die Teilnahme von zivilgesellschaftlichen Vertretern trug dazu bei, die »Düsterheit« in den bilateralen Beziehungen zu relativieren und »die wahre Lage [widerzuspiegeln]«, da die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen im Gegensatz zu den diplomatischen keineswegs brachlagen.⁵²

»Deutsch-polnische Interessengemeinschaft«

Mit dem Fall der Mauer im November 1989, der sich anbahnenden deutschen Wiedervereinigung, der Ernennung der ersten nichtkommunistischen Regierung in Polen im September 1989 und der wirtschaftlichen Transformation Polens eröffneten sich in der Deutschen Frage und in den deutsch-polnischen Beziehungen neue Perspektiven. Auch das umbenannte »Deutsch-Polnische Forum« im Februar 1990 sollte diesen Entwicklungen Rechnung tragen.

Während der bilateralen und multilateralen Verhandlungen zum deutsch-polnischen Grenzvertrag, unterzeichnet am 14. November 1990, und zum Freundschaftsvertrag zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen, unterzeichnet am 17. Juni 1991, beschäftigte sich der LA mit den Zielen des nächsten Treffens. Sollte das Forum die Verhandlungen mit konkreten Vorschlägen vorantreiben? Oder sollte es seine »meinungsbildende Funktion« beibehalten, die irgendwann in der Zukunft zur Umsetzung konkreter Vorschläge – zur europä-

ischen Integration, zur Frage der deutschen Minderheiten in Polen usw. – führen würde?⁵³

Die Diskussionen blieben letztlich unverbindlich. Allerdings gab es auf polnischer Seite eine neue Besetzung: Die ehemalige Opposition, unter anderem Bronisław Geremek,⁵⁴ war bei dem Forum in Posen vertreten. Alles in allem wurde der bisherige Kurs in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und in der europäischen Sicherheitspolitik weitergeführt. Der Anbruch einer neuen Zeit machte sich eher in den gesellschaftlichen Fragen bemerkbar: Die »Tabus in den deutsch-polnischen Beziehungen« müssten neu bewertet, die Minderheitenfrage wieder aufgegriffen werden. Für die Vertriebenen sah man eine Art Brückenfunktion zwischen den Ländern vor.⁵⁵

1990 wurde eine informelle deutsch-polnische Arbeitsgruppe zur Begleitung der deutsch-polnischen Verhandlungen⁵⁶ gegründet, der auf deutscher Seite neben Karl Kaiser und Eberhard Schulz für die DGAP auch führende Polen-Experten sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und des Bundeskanzleramts angehörten. Von polnischer Seite waren Deutschland-Experten und Diplomaten vertreten. Diese Gruppe traf sich ab Oktober 1990, um, so Karl Kaiser, »nicht nur gute Gedanken in den Vertrag hineinzubringen, sondern auch bei der innenpolitischen Absicherung zu helfen«.⁵⁷ Hier zeigte sich wieder die doppelte Zielsetzung der DGAP: Nicht nur die deutsch-polnischen Beziehungen wollte man beeinflussen, sondern auch die innerdeutsche Debatte. Der direkte Kontakt zur polnischen Seite ermöglichte es, sich über die Akzeptanz der Verhandlungsergebnisse in der neuen polnischen Regierung auszutauschen.⁵⁸ In der informellen Arbeitsgruppe wurden Vorschläge formuliert, die grundlegend waren für die künftigen bilateralen Beziehungen, etwa in der Energiepolitik, der europäischen Integration Polens oder der grenzüberschreitenden Kooperation.

Auch in der SGO wurde die veränderte politische Landschaft diskutiert, wenngleich mit etwas anderer Gewichtung. Die Diskussion wurde hier von dem Vertriebenenpolitiker Herbert Czaja angeheizt, der die Frage der deutschen Minderheit und der Tragbarkeit eines deutsch-polnischen Abkommens wieder aufbrachte. Er war der Meinung, es sei

nun an der polnischen Regierung, Konzessionen zu machen – schließlich habe das wiedervereinte Deutschland mit seinem endgültigen Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete seinerseits große Zugeständnisse gemacht. Auch hier ermöglichte die SGO den Teilnehmern, über die neuen internationalen Beziehungen zu diskutieren und konsensfähige Vorschläge zu formulieren.

Bilanz des Engagements der DGAP

Das jahrzehntelange Engagement der DGAP ermöglichte eine vielfältige Diskussion zwischen den Akteuren der deutsch-polnischen Beziehungen. Ziel war es, sowohl auf das Verhältnis zwischen beiden Ländern als auch auf die innerdeutsche Debatte einzuwirken. Vor allem mit der Studien-Gruppe »Ost« bot die DGAP der deutschen Politik eine glaubwürdige Informationsquelle – nicht zuletzt deshalb, weil sich hier alle Seiten mit ihren Standpunkten und Motiven Gehör verschaffen konnten. Die Gespräche mit ihrem nichtoffiziellen und vertraulichen Charakter waren frei von öffentlichem Druck und standen nicht unter Ergebniszwang.

Eine weitere Stärke der Gespräche lag in dem Aufeinandertreffen von politischen und gesellschaftlichen Kräften, die unterschiedliche – wenn nicht konträre – Standpunkte vertraten. Zudem konnten sich Vertreter beider Länder bei den bilateralen Foren regelmäßig und über einen langen Zeitraum hinweg treffen und ungestört austauschen. Daraus entstanden persönliche Vertrauensbeziehungen, die zum Fortbestehen dieses Dialogs,⁵⁹ zur gemeinsamen Sozialisierung und, so lässt sich vermuten, zur Entspannung der politischen Verhandlungen beitrugen. Die relativ prominente Besetzung der Foren verlieh den Treffen Glaubwürdigkeit und Gewicht.

Wegen der begrenzten institutionellen Kapazitäten mag es nur bedingt zur Umsetzung konkreter Projekte gekommen sein. Doch der größte Erfolg des Engagements der DGAP in den deutsch-polnischen Beziehungen liegt in einem anderen Gebiet:

in der Schaffung einer gesellschaftlichen Gesprächs-
plattform, die das feine Gleichgewicht zwischen
diplomatischem und wissenschaftlichem Austausch
zu halten vermochte. Mit ihrem hybriden Format
hat die DGAP auch in Zeiten begrenzter offizieller
Kontaktmöglichkeiten den Austausch mit dem Aus-
land vorantreiben können; zugleich konnte sie im

Laufe der Jahrzehnte eine glaubwürdige Plattform
für die verschiedenen politischen Strömungen in
der Bundesrepublik Deutschland aufbauen.

Estelle Bunout, Gastwissenschaftlerin am Zentrum
für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch
Stiftung der DGAP.

Anhang

Liste der Sitzungen der »Studiengruppe Ost-West-Beziehungen«, die sich mit Polen beschäftigt haben

17.4.1967: Die Oder-Neiße-Grenze und die
deutsch-polnischen Beziehungen

4.5.1970: Die deutsch-polnischen Beziehungen

6.7.1970: Die deutsch-polnischen Beziehungen

21.9.1970: Die deutsch-polnischen Beziehungen

21.3.1977: Innenpolitische Lage in Polen und
Ost-West-Beziehungen

25.5.1981: Die Situation in Polen und ihre internati-
onalen Implikationen

28.2.1983: Die Situation in Polen zweieinhalb Jahre
nach der Krise

5.5.1983: Konzeptionelle Überlegungen für eine
westliche Polen-Politik

1.10.1984: Stand der deutsch-polnischen
Beziehungen

22.10.1990: Der Grundlagenvertrag mit
Polen – mögliche Komponenten und denkbare
Verhandlungslinien

Vorsitz der Studiengruppe »Ost-West- Beziehungen«

Kurt Birrenbach: Dezember 1965–Dezember 1978

Richard von Weizsäcker: Dezember 1978–Juni 1981

Alois Mertes: Juni 1981–April 1985

Hans Stercken: April 1985–1990

Die Foren Bundesrepublik Deutschland- Volksrepublik Polen 1977–1990

I. Forum Bundesrepublik Deutschland – Volksre-
publik Polen in Bonn vom 14. bis 16. Juni 1977:
»Die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Volksre-
publik Polen im gesamteuropäischen Kontext«

II. Forum BRD-VRP in Allenstein (Olsztyn) vom
17. bis 19. Oktober 1978: »Bilanz des Normalisie-
rungsprozesses: Probleme und Zukunftsaussichten«

III. Forum BRD-VRP in Darmstadt vom 13. bis
15. Mai 1980: »Die Weiterentwicklung der Bezie-
hungen nach 10 Jahren Warschauer Vertrag im
Rahmen des Entspannungsprozesses in Europa«

IV. Forum BRD-VRP in Krakau (Kraków) vom
21. bis 24. November 1985: »Bilanz der letzten
15 Jahre der Beziehungen zwischen den beiden
Staaten«

V. Forum BRD-VRP in Kiel vom 8. bis 10. Mai
1987: »Was können wir gemeinsam für Europa
tun?«

VI. Deutsch-Polnisches Forum in Posen (Poznań)
vom 22. bis 24. Februar 1990: »Polen und Deutsche
in Europa an der Schwelle des 21. Jahrhunderts«

Anmerkungen

- 1 Vgl. Daniel Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion: Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955 bis 1972, München 1999, S. 22.
- 2 Vgl. a. a. O., S. 62 ff.
- 3 Vgl. a. a. O., S. 72.
- 4 Vgl. Werner Plum (Hrsg.), Ungewöhnliche Normalisierung Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Polen, Bonn 1989, S. 326.
- 5 Eberhard Schulz, Gespräch am 2.3.2011.
- 6 Vgl. Wilhelm Kewenig, Ergebnisse der Besprechungen zur Vorbereitung der Studiengruppe »Ost«, 7.12.1964, in: DGAP Studiengruppe »Ost«, Vorbereitungen.
- 7 Zwar gab es verschiedene Einrichtungen, die sich mit diesen Fragen befassten, doch hatten diese Schwierigkeiten, aus den Begrenzungen der damaligen Konzeptionen herauszutreten – etwa der Arbeitskreis für Ost-West-Fragen des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst (später die Bundeszentrale für politische Bildung) oder der Göttinger Arbeitskreis, ein Verein von Osteuropa-Experten, deren Arbeit in der sogenannten »Ostforschung« einen deutschzentrierten und nostalgisch eingefärbten Blick auf den Osten pflegte.
- 8 Vgl. Wilhelm Kewenig, Ergebnisse der Besprechungen zur Vorbereitung der Studiengruppe »Ost«, 7.12.1964, in: DGAP, Vorbereitungen zur FI-Studiengruppe »Ost«.
- 9 Boris Meissner, deutschbaltischer Osteuropa-Experte, ehemaliger Diplomat und Professor an der Universität Köln, war Mitglied in verschiedenen Gremien der Osteuropa-Forschung und von 1965 bis 2000 Präsident des Göttinger Arbeitskreises.
- 10 Richard Löwenthal, in der unmittelbaren Nachkriegszeit Deutschland-Korrespondent für britische Zeitungen, später Professor an der Freien Universität Berlin, war von 1964 bis 1967 Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), außerdem SPD-Mitglied und Mitglied des Forschungsbeirats »Ostblock und Entwicklungsländer« der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- 11 Eberhard Schulz, Gespräch am 2.3.2011.
- 12 Kurt Birrenbach, CDU, war von 1965 bis 1986 Vorsitzender des Kuratoriums der Fritz-Thyssen-Stiftung und von 1973 und 1981 Präsident der DGAP. 1961 wurde er von Konrad Adenauer beauftragt, die amerikanische Haltung zum Mauerbau und 1965 die Chancen einer Beziehungsaufnahme mit Israel zu sondieren.
- 13 Stephan G. Thomas war 1947 bis 1966 Leiter des Ostbüros der SPD und 1966 bis 1968 Direktor der Internationalen Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung.
- 14 Peter Bender, Warschau-Korrespondent des WDR, Hansjakob Stehle, Warschau-Korrespondent der ZEIT und der FAZ, Marion Gräfin Dönhoff, Leiterin des Politikressorts der ZEIT und später Chefredakteurin und Mitherausgeberin, waren aktive Befürworter einer Umlenkung in der Ostpolitik und einer Annäherung mit Polen.
- 15 Otto Wolff von Amerongen, seit 1956 Vorsitzender der Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, engagierte sich für die Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zum »Ostblock«.
- 16 Die Studiengruppe »Ost« bestand von 1965 bis 1990 und kam in dieser Zeit zu insgesamt 94 Sitzungen zusammen. Den Vorsitz führten Kurt Birrenbach (Dezember 1965 bis Dezember 1978), Richard von Weizsäcker (Dezember 1978 bis Juni 1981), Alois Mertes (Juni 1981 bis April 1985) und Hans Stercken (April 1985 bis 1990).
- 17 Vgl. Wilhelm Cornides, »Entwurf des Arbeitsplanes für die geplante Studiengruppe der DGAP über die Fragen der deutschen Ostpolitik«, 12.4.1964, in: DGAP FI, SGII Vorbereitung.
- 18 Vgl. Vermerk – Gespräch mit dem Botschafter Becker, 7.7.1964, in: DGAP FI, SGII Vorbereitung.
- 19 Vgl. Eberhard Schulz, Vermerk zu den Zielen der Studiengruppe »Ost«, 24.7.1965, in: DGAP FI, SGII Vorbereitung.
- 20 Vgl. Wilhelm Cornides, »Entwurf des Arbeitsplanes für die geplante Studiengruppe für die deutschen Beziehungen zur Sowjetunion und zu den übrigen Ländern des Ostens«, Juli 1965, in: DGAP FI, SGII Vorbereitung.
- 21 Gespräche wurden mit Eberhard Schulz, Karl Kaiser, Hagen Graf Lambsdorff, Dieter Bingen und Egon Bahr geführt.
- 22 Vgl. Niederschrift der SGO »Oder-Neiße Grenze und deutsch-polnische Beziehungen«, Sitzung des 17.4.1967 in: DGAP FI, SGII Niederschriften 1965–1968.
- 23 Egon Bahr, Gespräch am 6.4.2011.
- 24 Das PISM wurde 1947 in Polen ebenfalls nach dem Vorbild des britischen Chatham House gegründet. Zur Geschichte des PISM siehe Grzegorz Sołtysiak, »Historia Polskiego Instytutu Spraw Międzynarodowych w latach 1947–1993 – pierwsze przybliżenie« [Die Geschichte des Polnischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten in den Jahren 1947–1993 – erste Annäherung], in: Polski Przegląd Dyplomatyczny 2/2008, S. 93–124.
- 25 Vgl. Eberhard Schulz, An Ulbricht führt kein Weg mehr vorbei, Hamburg 1967, S. 264.
- 26 Vgl. Mieczysław Tomala an Eberhard Schulz, 1.5.1967 in: »Institute Ostländer 1965–1972«, FI DGAP.
- 27 Vgl. Eberhard Schulz, Rundbrief am 3.10.1968, in: FI DGAP, »Institute Ostländer 1965–1972«.
- 28 Gespräche am 24./25.2.2011.
- 29 Vgl. Eberhard Schulz, »Grundsätze für die bilateralen Kolloquien mit dem Warschauer Institut«, 6.11.1975, in: FI DGAP, »Institute Ostländer 1973–1980«. Die DGAP unterhielt außer zum PISM auch Kontakte zum Westpommerschen Institut der Schlesischen Universität.
- 30 Liste der polnischen Teilnehmer am Symposium von DGAP und PISM am 16. und 17. Februar 1971 in Bonn, in: FI DGAP, »Institute Ostländer 1973–1980«.

- 31 Herbert Hupka war von 1968 bis 2000 Präsident der Landsmannschaft Schlesien. Nach der Unterzeichnung der Ostverträge wechselte er von der SPD zur CDU/CSU-Fraktion.
- 32 Eberhard Schulz, Gespräch am 2.3.2011.
- 33 Der Text der gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers und des Ersten Sekretärs der PZPR (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) vom 11.6.1976 sowie ein Teil der Erklärungen der »Foren BRD-VRP« können auf der Seite des Deutsch-Polnischen Instituts abgerufen werden: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Projekte/DPFForum/DPFForum13/ForumGeschichte.php>>.
- 34 Vgl. Ministerialdirektor van Well, stellvertretender Außenminister Czyrek, »Gesprächsnotizen – Deutsch-polnische Konsultationen vom 16 bis 20.9.1976«, in: FI DGAP, »I. DPF-Korrespondenz«.
- 35 Im Vorfeld des ersten Forums hatte der polnische Botschafter Piątkowski darauf hingewiesen, dass diese Treffen auf die konkrete Weiterführung der bilateralen Zusammenarbeit hinarbeiten sollten, vgl. Eberhard Schulz an Karl Kaiser, Vorbereitung der LA-Sitzung, 23.3.1977, ebd.
- 36 Die Botschaft der Bundesrepublik in Warschau bereitete z. B. eine Liste vor, in der potenzielle Themen des Forums in »ansprechbar« und »nicht ansprechbar« unterteilt wurden. Botschaft an LA am 24.3.1977, in: FI DGAP »I. DPF-Korrespondenz«. Diese Methode wurde von den Organisatoren in der DGAP für die nächsten Foren übernommen.
- 37 Vgl. Richard von Weizsäcker (CDU-Politiker, einer der wenigen Befürworter der Ostverträge in seiner Partei, später Bürgermeister Westberlins und deutscher Bundespräsident) an Karl Kaiser, 13.7.1977, in: a. a. O. (Anm. 34).
- 38 Vgl. Helmut Schmidt (SPD) an Karl Kaiser, 26.4.1977, in: ebd.
- 39 Vgl. Karl Kaiser, Vorbereitungsgespräche für das Forum BRD-VRP, 3.–4.3.1977, in: FI DGAP »I. DPF-Korrespondenz«.
- 40 Karl Kaiser, Gespräche am 24. und 25.2.2011.
- 41 ebd.
- 42 Vgl. Karl Kaiser an Helmut Schmidt, 27.10.1978, »Deutsch-polnisches Forum in Olsztyn/Allenstein vom 16. bis 20. Oktober 1978«, in: FI DGAP, II. DPF-Korrespondenz.
- 43 Marian Dobrosielski (Direktor des PISM 1971–1980), in einem Brief an die Verfasserin vom 6.2.2011.
- 44 Dies betonten z. B. Richard von Weizsäcker im WDR-Morgenmagazin am 14.6.1977 und Marian Dobrosielski am 16.6.1977 im Deutschlandfunk, in: a. a. O. (Anm. 34).
- 45 Das Deutsche Polen-Institut wurde auf Vorschlag von Professor Gotthold Rhode (Osteuropa-Historiker) und Karl Dedecius (Übersetzer und Kenner der polnischen Literatur) 1980 während des III. Forums gegründet. Es diente zuerst der Vermittlung der polnischen Kultur in Westdeutschland und widmete sich dann auch dem wissenschaftlichen und politischen Austausch zwischen den beiden Ländern. Das DPI übernahm die Organisation der deutsch-polnischen Foren nach 2005. Vgl.: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Institut/Geschichte/index.php>>. Der Vorschlag für den Aufbau der Gedenkstätte Kreisau zur Erinnerung an den deutschen Widerstand wurde während des IV. Forums in Krakau vorgelegt. Sie wurde während des Mauerfalls im November 1989 feierlich eröffnet.
- 46 Schreiben von Eberhard Schulz an die Autorin.
- 47 Z. B. über die Lage der politischen Gefangenen, in: Eberhard Schulz, Vermerk »Gespräch mit Herrn Sulek«, am 11.5.1983, in: FI DGAP, »LA DPF 1977–1983«. Solche Gespräche fanden damals mehrmals im Jahr statt.
- 48 Joachim Käppner hat eine ausführliche Biographie geschrieben: Berthold Beitz. Die Biographie. Mit einem Vorwort von Helmut Schmidt, Berlin 2010.
- 49 Krzysztof Skubiszewski, Völkerrechtler und Mitglied des Primatesrates (Rada Prymasowska), einem Organ der katholischen Kirche, war 1989 bis 1993 Außenminister der ersten nichtkommunistischen Regierung Polens.
- 50 Vgl. Protokoll der Sitzung des erweiterten LA des Forums BRD-VRP am 10.12.1984 in Essen, in: FI DGAP, LA DPF 1977–1983.
- 51 Hagen Graf Lambsdorff, Gespräch am 21.4.2011.
- 52 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Studiengruppe Ost-West-Beziehungen am 1.10.1984, über den »Stand der deutsch-polnischen Beziehungen«, in: FI DGAP, SGII Niederschriften 1983–88.
- 53 Vgl. Protokoll des LA, 24.11.1989, in: FI DGAP, »DPF Posen«.
- 54 Bronisław Geremek, Historiker und Teilnehmer am Runden Tisch, war Politiker der Demokratischen Union, 1997 bis 2000 Außenminister und 2004 bis 2008 EU-Parlamentarier.
- 55 Empfehlungen des VI. Deutsch-Polnisches Forum in Posen, abrufbar unter <<http://deutsches-polen-institut.de/Projekte/DPFForum/ForumGeschichte/PosenEmpfehlungen.php>>.
- 56 Die deutsch-polnischen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem Grenzvertrag und den Vorbereitungen des Freundschaftsvertrags zwischen Polen und dem wiedervereinigten Deutschland, der am 17. Juni 1991 unterzeichnet wurde. Vertragstext in: Europa-Archiv 13/1991, S. D 315–325.
- 57 Vgl. Karl Kaiser an Artur Hajnicz, oppositioneller polnischer Journalist, am 26.10.1990, in: FI DGAP, Deutsch-polnische Arbeitsgruppe.
- 58 Vgl. Bericht über die Runde der inoffiziellen deutsch-polnischen Gespräche, 13.12.1990 in: FI DGAP, Deutsch-polnische Arbeitsgruppe.
- 59 Eberhard Schulz, Gespräch am 2.3.2011.

